

Willy-Brandt-Platz

Informationen der SPD-Ratsfraktion Bochum im Juli 2011

Jetzt berät die Bezirksregierung

Der Rat der Stadt Bochum hat am 19. Mai 2011 mit großer Mehrheit dem Antrag der rot-grünen Koalition zum Abschluss einer Beratungskoope-ration mit der Bezirksregierung Arnsberg zugestimmt. Danach ist die Stadt fest entschlossen, einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts zu leisten.

Bereits 2009 hat der Rat ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt und darin Perspektiven zur Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2015 beschlossen. Bei den Haushaltsberatungen 2010 und 2011 wurde aber deutlich, dass trotz hoffnungsvoller Konjunktur-entwicklung ein genehmigungsfähiger Haushalt nicht erreicht werden kann.

Schwierige Gespräche

Die SPD-Ratsfraktion will dennoch die Handlungsfähigkeit der Stadt Bochum möglichst schnell wieder herstellen. Die Gespräche mit der alten schwarz-gelb dominierten Bezirksregierung gestalteten sich äußerst schwierig.

Einvernehmliche Absprachen scheiterten bereits



Wer, wie, was: Die Bezirksregierung hatte der Stadt Bochum ein Beratungsangebot unterbreitet. Über Verfahren und Ziele hat sich die SPD-Fraktion mit der Bezirksregierung im Vorfeld des Ratsbeschlusses im Mai ausgetauscht. Im Bild: Fraktionsvorsitzender Dieter Fleskes (re.) und Regierungspräsident Gerd Bollermann.

an den Orientierungsdaten, die aber für eine verlässliche Planung bis 2015 unverzichtbar waren. Mit der neuen rot-grünen Minderheitsregierung im Land NRW wuchs bei den in Finanznot geratenen Kommunen Hoffnung auf eine Stärkung der Stadtfinanzen.

Kommunen müssen zahlen

Am 24. Februar 2010 wies der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Dieter Fleskes vor dem Landtagsausschuss für Kommunalpolitik bei einer öffentlichen

Anhörung auf die Ursachen der Unterfinanzierung der Kommunen im Ruhrgebiet hin. Allein in Bochum haben die ständig gestiegenen Belastungen durch Verletzungen der Konnexität von Bund und Land zu Mehrausgaben von mehr als 70 Mio. Euro geführt.

Bund und Land werden den Kommunen zwar helfen, aber dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so Dieter Fleskes. „Wenn die Kommunen nicht deutlich

Bitte
vormerken

Afrika-Tag

Die SPD-Ratsfraktion lädt am Sonntag (25. September) im Rahmen der Interkulturellen Woche zu einem Afrika-Tag ein.

Zwischen 11 und 15 Uhr wird es an der Sternwarte Bochum (Blankensteiner Straße 200a) Gespräche, Spiele und Kulinarisches geben.

Arbeitsmarkt: Bund spart

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen verkündet strahlend den Rückgang der Arbeitslosenquote und vergisst dabei völlig das Schicksal der Langzeitarbeitslosen.

„Die Entwicklung mag auf den ersten Blick erfreulich sein, aber in Bochum, wie im übrigen Ruhrgebiet, liegt die Arbeitslosenquote höher als noch vor einem Jahr“, erklärt Gaby Schäfer, Mitglied der Trägerversammlung des Jobcenters. „Denn von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren die Langzeitarbeitslosen leider nicht“, so Schäfer.

Die Anzahl der Kunden des Jobcenters bleibt also nach wie vor hoch. Gleichwohl streicht die schwarz-gelbe Bundesregierung rigoros die Mittel für diese Gruppe. Bis 2014 wird der Bund die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen um 42 Prozent kürzen. 30 Mio. Euro konnte

das Jobcenter Bochum im letzten Jahr noch für die unterschiedlichen Eingliederungsleistungen einkalkulieren: Programme für Jugendliche, arbeitslose Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderungen. Nach dem Streichkonzert der Bundesregierung stehen in diesem Jahr nur noch 21 Mio. Euro für Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme zur Verfügung.

„Es ist beschämend, dass gerade Langzeitarbeitslose, die in vielfacher Hinsicht benachteiligt sind, den Kürzeren ziehen und immer weniger getan werden kann, um ihre Chancen zu verbessern“, meint Gaby Schäfer.

Langzeitarbeitslose brauchen besondere, auf einzelne Problemgruppen genau zugeschnittene Programme. Sie brauchen die öffentlich geförderte Beschäftigung verbunden



Findet die Arbeitsmarktpolitik von CDU und FDP beschämend: Gaby Schäfer, Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters.

mit begleitender Unterstützung und Qualifizierung.

Arbeitsgelegenheiten zum Beispiel können der erste Schritt in eine nicht geförderte Beschäftigung sein. Wenn der erste Schritt allerdings verwehrt wird, dann ist für manch einen der Zug für immer abgefahren.

Solche sozialen Aspekte haben im Konzept der Bundesregierung keinen Platz mehr. In Bochum heißt das:

Für Beschäftigung schaffende Maßnahmen stehen in diesem Jahr 3,5 Mio. Euro weniger zur Verfügung, für Beschäftigung begleitende Maßnahmen 4,7 Mio. Euro weniger.

„So leisten die Langzeitarbeitslosen in Bochum ihren Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushaltes und müssen sich noch gefallen lassen, dass das Streichkonzert als Reform verkauft wird“, resümiert Schäfer.

Die städtischen Altenheime haben eine Zukunft

Bei den städtischen Alten- und Pflegeheimen hat sich in diesem Jahr viel getan: Die neuen Häuser an der Graf-Adolf-Straße in Wattenscheid und an der Bayernstraße in Goldhamme konnten nach langer Bauzeit von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses Am Beisenkamp bezogen werden.

Gleichzeitig wurden die Überlegungen konkreter, die Alten- und Pflegeheime in eine andere Rechtsform zu überführen. Der Haupt- und Finanzausschuss hatte im November 2010 die Ver-

waltung beauftragt zu prüfen, in welcher Organisationsform die Alten- und Pflegeheime künftig geführt werden sollen. Hintergrund war, dass in den vergangenen Jahren der Eigenbetrieb erhebliche Verluste erwirtschaftet hatte und eine Besserung bei Fortführung des status quo nicht zu erwarten war. Im Mai 2011 kam die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass



Ernst Steinbach

die Rechtsform einer GmbH geeignet ist, die Wirtschaftlichkeit der Alten- und Pflegeheime langfristig zu erhöhen. Diese Überlegungen führten aber zu großer Verunsicherung bei den fast 500 Beschäftigten; sie hatten Angst um ihre Arbeitsplätze.

Die SPD-Fraktion nahm ihre Bedenken sehr ernst, und gemeinsam mit dem Personalrat wurde ein für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragfähiges Konzept entwickelt. Andere Fraktionen schlossen sich diesem Vorschlag an. Der

Beschluss stellt sicher, dass zum Beispiel betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden, die Vergütung dauerhaft nach öffentlichem Tarif erfolgt und erworbene Besitzstände unbefristet bestehen bleiben.

Ernst Steinbach, Vorsitzender des Ausschusses für die Eigenbetriebe, hofft jetzt, dass die Kommunalaufsicht der Umwandlung des Eigenbetriebs in eine GmbH zustimmt und so der Weg zur Konsolidierung der Alten- und Pflegeheime beschritten werden kann.

Inklusion: Sehr schöne Absichten

Menschen mit Behinderungen sind auf Hilfen angewiesen. Dass diese Hilfen keine großzügigen Wohltaten sind, sondern ein verpflichtendes Angebot, darum geht es der UN-Behindertenrechtskonvention. Seit März 2009 ist sie auch für Deutschland verbindlich.

Was das für Bochum bedeutet, wollte die SPD-Ratsfraktion im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wissen. Auch für die Kommune ist zu klären, welche Hilfen gibt es schon und wo sind Defizite, die in den nächsten Jahren zu beheben sind.

„Wir müssen uns mit den neuen Rechten der behinderten Menschen

auseinander setzen. Aber die Umsetzung der Konvention kann nur in Abstimmung mit den Plänen des Bundes und Landes erfolgen“, meint Dr. Hans Hanke, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

„Außerdem ist es wichtig, dass wir von Anfang an gemeinsam mit den Betroffenen planen. Unser Ansprechpartner ist da zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Behinderter in Bochum“, so Hanke.

Im Juni dieses Jahres beschloss das Bundeskabinett einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention. „Eine echte gleichberechtigte Teilhabe ist damit



Christina Knappe

allerdings nicht zu erreichen“, kritisiert Christina Knappe, Mitglied im Sozialausschuss. Im Wesentlichen seien Absichten genannt. Lediglich der geplante Ausgleichsfond von 100 Mio. Euro zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen sei ein einzelner konkreter

Ansatz. Bleibe abzuwarten, ob die NRW-Landesregierung in ihrem Aktionsplan konkreter wird.

Auf kommunaler Ebene wurde das Thema bislang vor allem im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder angesprochen. In der UN-Konvention ist dies jedoch nur ein Teilaspekt.

„Letztlich darf nichts mehr einer gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Wege stehen. Bis dahin ist sicher noch viel zu tun. Aber wir müssen uns zumindest auf den Weg machen“, kündigt Christina Knappe an.

Schullandheim: Wer hat alte Fotos?



Klassenfahrt nach Winterberg? Da werden Erinnerungen wach. Seit über 50 Jahren besuchen Bochumer Schulen und Vereine das Schullandheim Haus Bochum in Winterberg.

Das Gebäude wird in diesem Jahr allerdings schon 100 Jahre alt. Anlass für den Förderverein, eine Jubiläumsschrift zu erstellen, für die noch Fotos,

Geschichten und andere Erinnerungsstücke, die mit dem Haus zusammenhängen, gesucht werden. Tausende Bochumer Kinder haben seit der Nachkriegszeit das Schullandheim besucht und dort oft den ersten „Urlaub“ ihres Lebens verbracht. Doch auch vorher schon haben die Menschen aus Bochum das 1911 erbaute Sporthotel besucht, das

die Stadt Bochum 1952 übernahm und dort 1957 dann das Schullandheim eröffnete. Wer Fotos zur Verfügung stellen kann oder Anekdoten beisteuern möchte, kann diese an folgende Adresse schicken: Schullandheimverein Winterberg, Stadtverband Bochum e.V., Arndtstraße 29, 44787 Bochum oder per mail an landschulheim.bochum@gmx.de.

Etatausgleich: Fleskes warnt vor Scheitern

Fortsetzung von Seite 1

bei den Sozialausgaben entlastet werden, wenn das Konnexitätsprinzip nicht strikt eingehalten wird und wenn die Einnahmen der Kommunen nicht verbessert werden, werden die Konsolidierungsbemühungen der Stadt erfolglos bleiben“, warnt Fleskes.

Nach seinen Worten wird die Stadt gemeinsam mit der Aufsichtsbehörde die Ursachen für die Fehlentwicklungen analysieren und Maßnahmen zur Konsolidierung beraten.

„Schon jetzt ist absehbar, dass wir viele Standards überdenken müssen. Auch um eine Aufgabenkritik werden wir nicht herumkommen“, kündigt Fraktionsvorsitzender Fleskes an.



Stadtumbau West: Bezirksbürgermeister Dieter Heldt (li.) hat im Juni den neuen Generationenplatz im Griesenbruch eröffnet. Im Rahmen des Stadtumbaus West sind am Springerplatz aktivierende Spielgeräte für die ältere Generation und „Spielpunkte“ für Kinder errichtet worden. Ob künftig neue Projekte in Angriff genommen werden können, muss bezweifelt werden: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Städtebauförderung drastisch gekürzt. Betrag der Bundesanteil 2010 noch 610 Mio. Euro, so sinkt er in diesem Jahr auf 455 Mio. Euro. Ebenfalls im Bild: Rita Jobs, aktive Boule-Spielerin und sachkundige Bürgerin im Jugendhilfeausschuss, sowie Bezirksvertreter Michael Cors.

Bildungs- und Teilhabepaket mit Lieferproblemen

Ab April 2011 erhalten Kinder und Jugendliche aus einkommenschwachen Familien zusätzliche Leistungen für Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Schulausflüge, Klassenfahrten sowie für die soziale und kulturelle Teilhabe.

Diese Leistungen aus dem so genannten Bildungs- und Teilhabepaket konnten sogar rückwirkend ab Januar 2011 gewährt werden – nur die betroffenen Eltern waren offenbar nicht ausreichend informiert und die Antragsfrist

drohte abzulaufen. Erst ein Dringlichkeitsantrag der rot-grünen Koalition zur Sitzung des Rates im April führte dazu, dass die Verwaltung alle Berechtigten angeschrieben und über die neuen Leistungen informiert hat.

Inzwischen mehr Anträge

Inzwischen ist die Zahl der Anträge stark angestiegen und es bleibt zu hoffen, dass die anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten überwunden sind und die Hilfen dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

Ratgeber für Erwerbslose

Es gibt einen neuen Ratgeber für Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen in Bochum.

Herausgegeben wird die knapp 100 Seiten starke Bro-

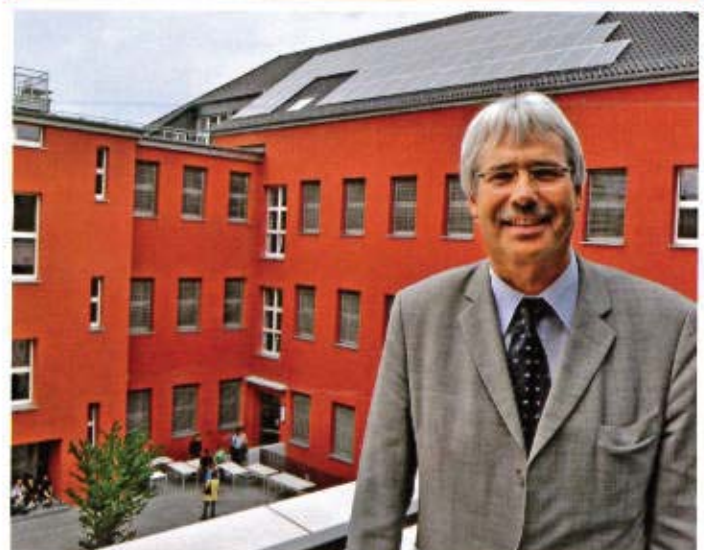
schüre von der evangelischen Beratungsstelle für Arbeits-

lose an der Brückstraße 46 in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein. Finanzielle Unterstützung kam dafür auch von der Stadt Bochum aus Agenda-Mitteln.



Die Broschüre ist kostenlos in der Beratungsstelle, beim Mieterverein an der Brückstraße, aber auch in den städtischen Bürgerbüros erhältlich.

Liselotte-Rauner-Schule eröffnet



Die Hauptschule Wattenscheid-Mitte heißt jetzt Liselotte-Rauner-Schule, ist frisch saniert und nur noch an einem Standort (statt wie zuvor an zweien) untergebracht. Die Kosten in Höhe von 13,5 Mio. Euro haben sich Stadt, Land und Bund geteilt. „Der Schul-

standort ist jetzt auf Dauer gerüstet für kommende Entwicklungen“, so Dr. Peter Reinirkens (Foto), Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften. Demnächst müsse entschieden werden, was mit dem alten Standort geschieht.

Experten wissen es: Kunst oder Schrott?

Ist das Kunst oder kann das weg? In Zukunft behalten sich die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Sport vor, diese Frage zu beantworten. Außerdem wird eine Expertenkommission ein wachsames Auge über die Kunst im öffentlichen Raum haben.

Mit dieser Neuregelung will die SPD-Ratsfraktion nach den Worten ihres kulturpolitischen Sprechers Dr. Hans Hanke Lehren aus einer Reihe von Pannen ziehen, die zuletzt in dem wenig sensiblen Abriss der Skulptur „3 Schulen unter einem Dach“ von Otto Herbert Hajek im Schulzentrum Wiemelhausen gipfelte.

„Die Zerstörung der Hajek-Skulptur, die Bauarbeiten im Umfeld der Morellet-Plastik am Springerplatz, der Umgang mit dem Stahlfalter von Maciej Szankowski am Nordbad sowie der Verlust des Steinreliefs von Willy Meller an der ehemaligen Hauptpost haben gezeigt, dass die Kunstwerke im

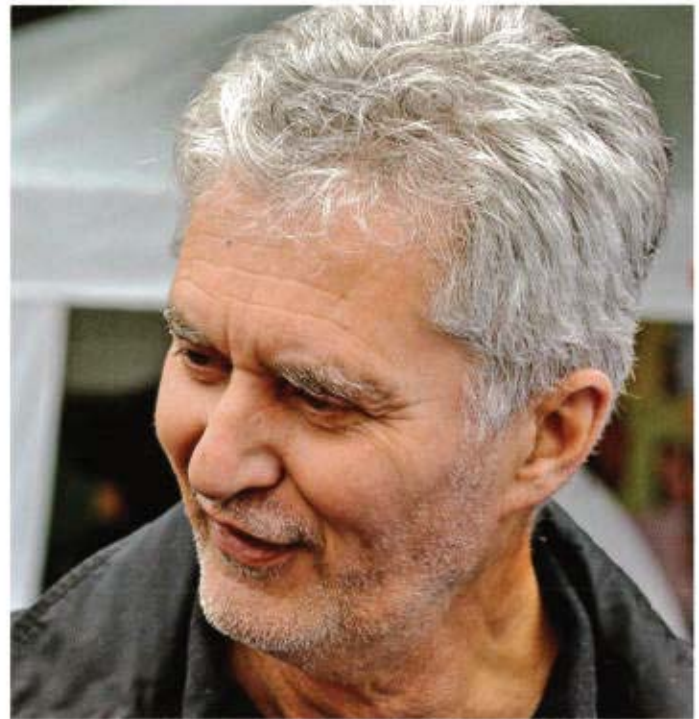
öffentlichen Raum offensichtlich nicht ausreichend wertgeschätzt werden“, kritisiert Hanke.

Bei Umbauarbeiten werden sie, wenn niemand aufpasst, ignoriert oder einfach entfernt. Eine Kunstkommission soll in Zukunft verhindern, dass Kunstwerke ungefragt umgesetzt oder gar beseitigt werden und mitreden, wenn das dazugehörige Umfeld gravierend verändert wird.

Hunderte von Kunstwerken – ob in privatem oder öffentlichem Besitz – prägen in Bochum das Stadtbild. Sie sind ein Blickfang, beliebtes Fotomotiv und vor allem ein Schatz, den es zu pflegen gilt. „Eine Stadt, die sich als Kulturstadt präsentiert, steht hier in der Pflicht“, so Hans Hanke.



Hans Hanke



Hermann Päuser, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses.

Eltern können Beiträge sparen

Das dritte Kita-Jahr soll nach den Vorstellungen von SPD in Stadt und Land beitragsfrei werden. Und das strebt die SPD noch für diesen August an.

Denn das entsprechende KiBiz-Änderungsgesetz ist unterwegs. „Alle Planungen sind darauf ausgerichtet, das Gesetz Mitte Juli zu beschließen“, erklärt jetzt die Bochumer Landtagsabgeordnete Carina Gödecke auf Nachfrage.

Der Bochumer Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Hermann Päuser, nimmt's mit Erleichterung zur Kenntnis. Denn es ist ein knapper Zeitplan, den die NRWSPD sich da vorgenommen hat.

„Es geht um das Jahr vor der Einschulung und deshalb ist es schon aus pädagogischen Gründen besonders wichtig, dass möglichst viele Kinder

tatsächlich auch eine Kita besuchen“, so Päuser. Für das KiBiz-Änderungsgesetz will die Landesregierung rund 242 Mio. Euro bereitstellen.

Die Beitragsfreiheit kostet rund 63 Mio. Euro. Der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird etwa 100 Mio. Euro kosten. Im kommenden Jahr steigen die KiBiz-Mehrkosten für das Land auf 390 Mio. Euro.

„Wir gehen davon aus, dass die Kosten für die Stadt Bochum vom Land gedeckt werden“, erwartet Päuser. Letzte Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land laufen noch.

Wird das Gesetz im Juli beschlossen, so will die SPD gleich darauf mit den Vorbereitungen für die zweite Runde mit KiBiz-Änderungen beginnen.



Der „Stahlfalter“ lagert zur Zeit bei einer Bochumer Spezialfirma für den Ab- und Aufbau von Kunstwerken und wird, sobald ein Standort im Bochumer Norden gefunden ist, restauriert.

Gleichbehandlung: Der Name zählt nicht

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), auch Antidiskriminierungsgesetz genannt, soll in Bochum in noch stärkerem Maße umgesetzt werden. Das fordert Aziz Sbai, direkt gewähltes SPD-Mitglied im Ausschuss für Migration und Integration (AMI).

Von AZIZ SBAI

Ziel des Gesetzes ist es, jede Form von Diskriminierung zu verhindern oder abzubauen. Die Stadt ist hierbei mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt und der schrittweisen Umsetzung des 2009 verabschiedeten Integrationskonzepts bereits weit vorgeschritten.

Die Charta sowie das Konzept bedürfen an einigen Punkten noch der konkreten Ausgestaltung sowie der Erweiterung um einige Aspekte. Das AGG bietet dafür die passende Grundlage. Ein erster Impuls in einer Reihe von Maßnahmen könnte im Ausschuss für Migration und Integration erfolgen. Beginnen werden wir erst einmal

mit einer Anfrage, um den Ist-Stand der Umsetzung des AGG in Bochum zu erfahren. Anschließend werden wir unsere Vorschläge formulieren, die dann natürlich alle Lebensbereiche umfassen werden. Denkbar ist beispielsweise, Bewerbungsverfahren im städtischen Einflussbereich zu anonymisieren.

Wir sollten im Engagement gegen Diskriminierung mit gutem Beispiel vorangehen und anonymisierte Verfahren für Stellenbewerbungen bei der Stadt sowie den ihr zugehörigen Tochterunternehmen implementieren. Eine Vorgehensweise, die nicht unumstritten sein wird.

Die Ergebnisse internationaler Studien zeigen positive Effekte hinsichtlich der Gleichbehandlung, wobei nicht nur MigrantInnen von dem standardisiert anonymisierten Bewerbungsverfahren profitieren, sondern auch andere Gruppen, die bei Personalentscheidungen von Diskriminierung bedroht sind, darunter

zum Beispiel Frauen, ältere Menschen oder Behinderte. Auch der Wohnort spielt dabei eine Rolle. Ömer aus Stahlhausen hat – bei gleicher Qualifikation – nachweisbar schlechtere Chancen auf eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch als Leonhard aus Stiepel.

Diese häufig unbewusste Form der Diskriminierung gilt es zukünftig zu verhindern. Solcherlei Fehlentscheidungen verursachen nicht nur Schaden für den Bewerber oder die Bewerberin, sondern auch beim Arbeitgeber, da nicht nach objektiven Leistungskriterien ausgewählt wird, sondern nach faktenresistenten Vorurteilen.

Das Engagement des AMI soll hier Abhilfe schaffen, wobei einzuräumen ist, dass die vorzuschlagende Maßnahme nur im ersten Schritt des Auswahlverfahrens greift. Beim persönlichen Kontakt ist der diskriminierende Effekt indes deutlich schwächer. Es ist nicht nur politisch notwendig, es wird sich auch rechnen.

Fröbelschule in Wattenscheid stärken

Auf Initiative der rot-grünen Koalition hat der Rat Ende Juni beschlossen, den Standort der Fröbelschule zu stärken. „Die Fröbelschule an der Sommerdellenstraße wird künftig

als einzige Förderschule in Wattenscheid verbleiben. Um so wichtiger ist, dass die Schule mit dem Schwerpunkt Lernen im Hinblick auf die Ausstattung und die räumliche

Unterbringung der Schülerinnen und Schüler einen besonderen Stellenwert erhält“, so Dr. Peter Reinirns, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften.

Fairtrade-Stadt

Bochum bewirbt sich um den Titel einer Fairtrade-Stadt. Das hat der Rat beschlossen. Die Kampagne wird vom Verein zur Förderung des Fairen Handels getragen. Weltweit nehmen daran zahlreiche Städte teil.

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum, Geschäftsführer: Axel Flügge
post@spd-ratsfraktion-bochum.de, www.spd-ratsfraktion-bochum.de, 0234.910 18 10 (Telefon)
0234.910 20 84 (Fax), alle Angaben ohne Gewähr.